

22.12.2015 - Weiter zu linke Wirtschaftspolitik in NRW

Kritik an Thies´ kritischer Kritik

Eine Antwort von Christian Leye

Denn die ganze Aufgabe der Kommunisten besteht darin, daß sie es verstehen, die Klasse zu

überzeugen, in ihr zu arbeiten, und sich nicht durch ausgeklügelte, kindische "linke" Losungen von ihr

absondern. Nach Wladimir Iljitsch Lenin in: "Der 'Linke Radikalismus?', die Kinderkrankheit im Kommunismus"

"Tut mir leid, ich wollte eure Black-Panther-Party nicht stören." Forrest Gump Seien wir ehrlich: Thies´ Kritik ist vor allem eine Kritik an der Sprache des Wirtschaftspapiers, eine Kritik

am Inhalt spielt eine untergeordnete Rolle. Immerhin hat Thies rund 25 Prozent seiner Kritik auf die

Überschrift des Wirtschaftspapiers verwendet, und der Großteil des Inhalts kommt ja erst danach. Daher

will ich auch zuerst die benutzte Sprache erklären und danach darlegen, dass all die von Thies

eingeforderten Inhalte sich bereits im Papier befinden.

Thies fordert eine marxistische Sprache ein und schreibt zurecht: "Es gibt keine gemeinsame Sprache in

einer Klassengesellschaft." Dem stimme ich zu 100 Prozent zu, allerdings gehört zur Wahrheit: in der

Klassengesellschaft in Deutschland im Jahr 2015 gibt es auch keine gemeinsame Sprache der

Arbeiter*innenklasse, mit der sie sich aus einer linken Perspektive über Wirtschaft verständigt. Flexibles

und fixes Kapital, Produktionsverhältnisse, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte gesprengt

werden, der Doppelcharakter der Ware, der tendenzielle Fall der Profitrate, das Verhältnis von fiktivem zu

realem Kapital: wie groß ist der Anteil der Arbeiter*innenklasse, der im Jahr 2015 diese Begriffe benutzt?

Ehrlicher- und auch bedauerlicherweise ist der Teil der mit diesen Begriffen vertrauten Menschen in NRW

gering und besteht zu einem nicht unerheblichen Teil aus Akademiker*innen, die an der Universität mit marxistischen Ideen in Kontakt gekommen sind. Die müssen wir natürlich auch erreichen, sich aber der Reinheit der Sprache zuliebe auf diese kleine Gruppe zu reduzieren, halte ich für einen elitären Politikansatz. Ja mehr noch: im Namen einer Klassenanalyse würde man darauf verzichten, die Klasse zu erreichen, mit der man Politik machen möchte. Thies und ich diskutieren dieses Thema von Zeit zu Zeit: wenn man von Marxist*innen für Marxist*innen schreibt, erreicht man nur Marxist*innen. Das scheint oberflächlich radikal, ist es aber nicht. Tatsächlich ist dieser Ansatz für die herrschende Klasse ungefährlich, da er garantiert, dass linke Ideen dort bleiben, wo sie jetzt schon sind: in linken Kreisen und in linken Köpfen, ohne dass die Gefahr besteht, eine relevante Menge der Menschen zu erreichen, die es betrifft. Ich plädiere dafür, dass wir uns und die linken Positionen, für die wir Politik machen, ernst nehmen. Wir wollen tatsächlich den Kapitalismus und die Klassengesellschaft überwinden und den Weg für eine soziale, solidarische, demokratische Gesellschaft bereiten. Die Voraussetzung ist, dass wir nicht nur für eine Handvoll bereits Überzeugter Politik machen, sondern die Arbeiter*innenklasse in NRW erreichen. Und dazu gehört unweigerlich ein ungeschönter Blick auf die reale Klassengesellschaft, in der wir leben. Zu einer Klassenanalyse, die sich selbst ernst nimmt, gehört dann auch eine ehrliche Bestandsaufnahme der Kräfteverhältnisse. Und das beinhaltet einen ungeschönten Blick auf die Sprache, die aufgrund dieser Kräfteverhältnisse benutzt wird, um zum Beispiel über Wirtschaft zu sprechen. Und wenn unter den gegebenen Kräfteverhältnissen von Wirtschaftspolitik gesprochen wird, dann leider nicht mit marxistischen Begriffen. Wenn wir nicht in der Lage sind, das zu erkennen, dann

nehmen wir uns von
Anfang an jedes Mittel aus der Hand, um ernsthaft Widerstand zu leisten. Um es mal
zugespitzt zu
formulieren: es gäbe sicher viele politisch gute Gründe, ein Positionspapier auf Esperanto
und nicht auf
Deutsch zu schreiben, und sei es nur um ein Zeichen gegen nationalstaatliche Grenzen
zu setzen. Nur
könnten so ein Papier etwa 30 Menschen in NRW lesen. Und das kann ja nicht unser
Politikansatz sein.
Nun ist das Wirtschaftspapier kein Flyer, kein Wahlprogram, kein Plakattext. Es ist auch
nicht das Kapital
Band vier mit dem Ziel, alle Begriffe der Wirtschaftspolitik zu dekonstruieren und neu
zusammensetzen. Das alles ist sicher wichtig, und Thies hat auch jedes Recht, kritisch
all das
einzufordern. Nur hilft es ja im Konkreten nicht weiter; das eh schon lange Papier wäre
dann ein Buch
geworden. Derzeit diskutiert unsere Partei über linke Positionen in der Landespolitik.
Dazu bezieht das
Wirtschaftspapier Stellung. Die darin verwendete Sprache ist die Sprache, in der die
meisten Menschen
über Wirtschaftspolitik sprechen, wenn sie es denn überhaupt tun. Um Menschen zu
erreichen, die noch
nicht überzeugte Anhänger*innen linker Ideen sind, müssen wir linke Inhalte in neuen
Worten
ausdrücken. Ich weiß, dass das viel anstrengender ist, dafür eröffnet sich die Möglichkeit,
dass wir
tatsächlich irgendwann mehr werden. Ein letzter Satz zur Klarstellung: Natürlich bin ich
weiterhin dafür,
dass wir auch marxistische Begriffe benutzen. Ich plädiere lediglich dafür, dass wir uns in
die Lage
versetzen, situationsabhängig linke Inhalte auch in anderen Worten zu kommunizieren.
Thies fordert eine Reihe von linken Inhalten für das Wirtschaftspapier ein. Nur: sie sind
bereits
Bestandteil des Papiers.
Thies schreibt: "Das gesellschaftliche Kräfteverhältnis der Klassen muss aus linker
Perspektive zu
Gunsten der Arbeiter_innenklasse verschoben werden. Deshalb unterstützen wir mehr

als alle anderen die Kämpfe um Wiederaneignung. Jeden Tag werden die Arbeiter_innen ? und auch die vielen angeblich Selbstständigen, die Erwerbslosen, die Kinder und Jugendliche,, die Rentner_innen die von solchen Einkünften mit abhängen ? enteignet." Die Analyse ist zweifellos richtig. Sie findet sich unter anderem im Analyseteil: "Armut ist im viertreichsten Land der Erde kein Unfall, sondern logische Konsequenz des Kapitalismus und die Umsetzung seiner Imperative durch neoliberale Politik: Der privaten und der öffentlichen Armut stehen seit Jahren massiv wachsende Vermögenseinkommen gegenüber, auch in NRW. Die Armut der Vielen und der Reichtum der Wenigen stehen in einem direkten, kausalen Zusammenhang: Wenn die Unternehmen die Menschen für Niedriglöhne arbeiten lassen, bleiben die Menschen arm, obwohl die Unternehmen Profite machen und die Wirtschaft wächst. Eben diese Entwicklung hat NRW besonders getroffen und kann zusammengefasst werden als 'arm durch Arbeit zum Nutzen der Reichen?'. In unserem Bundesland haben die oberen Einkommensdezile Zuwächse von 10 und 12 Prozent erreicht. Dort ist das Geld hingeflossen, das den Menschen nun fehlt." (Wirtschaftspapier Seite 1)

Thies schreibt: "Lohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzungen, frühere Verrentung ohne Einbußen, Ausbildungsumlagen, elternunabhängige Förderung für Studierende und Schüler_innen usw., all das sind Formen der Wiederaneignung, die linke Parteien massiv unterstützen sollten. Das ist die wichtigste Form der Umverteilung ? bei Löhnen und bei der Arbeitszeit ? für die Linke kämpfen müssen."

Auch das ist richtig, und diverse Forderungen finden sich in dem Wirtschaftspapier wieder. Die Arbeitszeitverkürzung wird in Kapitel 4 gefordert, die Forderungen nach Lohnsteigerungen finden sich in quasi jedem Kapitel wieder und zwar immer dort, wo dies durch Landespolitik geschehen kann. An dieser Stelle soll anhand des Beispiels des "Binnenmarktes", der auf der AKL-Sitzung zu Diskussionen geführt hat, aufgezeigt werden, wie linke Inhalte mit anderen Worten kommuniziert werden können. Im Text

heißt es:

"Gleichzeitig gilt es, der Exportorientierung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft eine Stärkung des Binnenmarktes entgegen zu setzen. (...) Eine Stärkung des Binnenmarktes gelingt zuallererst über eine höhere öffentliche und private Nachfrage, die durch Konjunktur- und Investitionspaket und gute Arbeit gefördert werden sollen. Diese hätten unmittelbar Auswirkung auf den NRW-Binnenmarkt (...)"

(Wirtschaftspapier S.6).

Was heißt denn die Stärkung des Binnenmarktes anderes, als die auch von Thies geforderte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Arbeiter*innenklasse durch höhere Löhne und höhere

gesellschaftliche Ausgaben für soziale Zwecke? Das deutsche Kapital setzt auf ein aggressives

Exportmodell, das auf einer verschärften Ausbeutung der Arbeiter*innenklasse in Deutschland beruht.

Eine der Folgen ist, dass auch der Druck auf die Arbeiter*innen in anderen, insbesondere Euro-Ländern

steigt: entweder wird dort die Ausbeutung durch Senkung der Löhne verschärft oder der Druck der

deutschen Exporte führt zu einer Schließung der jeweiligen Industrien, während sich die Länder

verschulden. Diesen Zusammenhang haben wir in diesem Jahr im Rahmen der Solidarität mit dem

griechischen Widerstand gegen die Austeritätspolitik hoch- und runtergebetet. Der Kampf gegen das

Exportmodell des deutschen Kapitals zu Lasten der europäischen Arbeiter*innenklasse und für die auch

von Thies geforderte Erhöhung der Löhne in Deutschland steckt in der Forderung nach einer Stärkung der

Binnennachfrage. Würden wir dies nicht fordern wäre das nicht nur eine Abkehr von der Arbeiter*innenklasse in Deutschland? es wäre auch ein Verrat an der

Arbeiter*innenklasse in den

Ländern, die aufgrund der Konstruktion des Euros der aggressiven Exportstrategie des deutschen Kapitals

ausgeliefert sind. Ist all das irrelevant, weil das Wort "Binnenmarkt" nicht aus dem Marxismus kommt?

Nicht nur, aber auch hier werden linke Inhalte ohne marxistische Sprache transportiert, um damit

Menschen für dieses zweifellos wichtige Anliegen zu erreichen.

Thies fordert außerdem eine Umverteilung durch Steuern: "Umverteilung über Steuern ist davon abgeleitet."

Auch das steckt im Wirtschaftspapier drin, es gibt ein eigenes Kapitel dazu (5. Finanzierung unserer Forderungen, S.9).

Thies fordert außerdem: "In Nordrhein-Westfalen gibt es jede Woche, und gegenwärtig wieder vermehrt,

reale Katastrophen der kapitalistischen Marktwirtschaft: Firmen gehen pleite (Küpperbusch, Kettler, Opel,

bald wieder Thyssen usw.), Firmen schließen sich zusammen und erzeugen "Synergieeffekte" in Form

von Entlassungen. "Linke Wirtschaftspolitik" muss eine klare Regel fordern und erkämpfen: Die

Lohnabhängigen haben diese Katastrophen nicht verursacht und hatten keine Möglichkeiten, sie zu

verhindern, deshalb tragen sie auch nicht einen Cent der Folgekosten. Der Staat muss (...) notfalls zum

Bestandsschutz der Einkommen (das ist nicht gleichbedeutend mit dem Erhalt der Arbeitsplätze)

einspringen und sich bei den Verursachern das Geld zurückholen. Verbot von Massenentlassungen ist

dabei eine kleine Maßnahme der Prophylaxe."

Auch diesem, von Thies eingeforderten Inhalt ist ein eigenes Kapitel gewidmet (2.1 Der Schutz von

Industriearbeitsplätzen S. 5). Dort heißt es: "Als Herzstück einer linken Industriepolitik für Nordrhein-

Westfalen soll das saarländische Erfolgsmodell zur Rettung der industriellen Produktion übernommen und

zu einer Industriestiftung NRW weiterentwickelt werden und mit der Eigentumsfrage verbunden werden.

(...) Schon 2010 und 2012 forderte DIE LINKE.NRW in ihren Wahlprogrammen die

Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien. Die Industriestiftung NRW soll einen Einstieg in die Vergesellschaftung ermöglichen, um wichtige Industriezweige dem kapitalistischen Profitstreben zu entziehen und demokratischen Entscheidungsprozessen zugänglich zu machen. (...) An den demokratischen Entscheidungsprozessen sollen die Landespolitik, betroffene Kommunalparlamente, die Belegschaften, Gewerkschaften, Betroffenenverbände und Bewohner*innen betroffener Stadtteile beteiligt werden. Die Mitbestimmungsrechte von vielfältigen politischen Akteuren können außerdem dazu beitragen, die Akzeptanz für eine dem Profitstreben entzogene (...) nicht-privatwirtschaftliche Produktion als politisches Ziel in NRW populär zu machen. (S. 5, S.6)"

Man muss sich schon wundern. Während Thies sich in etwa der Hälfte seines Papiers über eine fehlende marxistische Sprache beklagt, ignoriert er zentrale marxistische, anti-kapitalistische Inhalte wie die Eigentumsfrage. Ein wichtiges Standbein der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist der Privatbesitz an Produktionsmitteln. Wollen wir den Kapitalismus tatsächlich überwinden, ist es von zentraler Bedeutung, die Eigentumsfrage zu stellen. Denn das Kapital und die herrschende Klasse werden sich kaum durch einen gut geschriebenen, sprachlich radikalen Text überreden lassen abzudanken. Und wenn wir die Eigentumsfrage ernsthaft stellen wollen, dann in einer Form, mit der wir Mitstreiter*innen für diesen Weg gewinnen. Immerhin wollen wir ja die Eigentumsfrage nicht nur in parteiinternen Papieren stellen, sondern die realen Eigentumsverhältnisse wirklich ändern. Eben dazu ist das Konzept der Industriestiftung NRW entwickelt worden. Aufgrund der zentralen Bedeutung der Eigentumsfrage findet sie sich außerdem auch in Kapitel 2.2 im Zusammenhang mit dem Zukunftsfonds und Kapitel 3 im

Zusammenhang mit Innovationspolitik.

Thies fordert außerdem: "Wenn die LINKE in Zusammenarbeit mit der Linken regiert (...) dann muss ihr

Anliegen sein "wirtschaftspolitisch" Musterbeispiele in Sachen Löhne und Arbeitszeiten zu schaffen. Sie

soll öffentliche Sektoren mit höheren Löhnen, kürzeren Arbeitszeiten und humaneren Arbeitsbedingungen fordern und aufbauen.

Auch dieser Forderung von Thies stimme ich vorbehaltlos zu; es gibt dazu ausnahmsweise kein eigenes

Kapitel. Dafür aber wird diese Forderung in folgenden Kapiteln immer dort wiederholt, wo auf

Landesebene Einfluss genommen werden kann, und das ist nicht nur im öffentlichen Sektor wie von Thies

gefordert: Am Ende von Kapitel 1, im Kapitel 2.1, ausführlich in Kapitel 2.2, zweimal in Kapitel 3, in

Kapitel 3.2 sowie indirekt in Kapitel 4. Es ist erstaunlich, wie auch das überlesen werden konnte. Rein

statistisch hätte es selbst beim Überfliegen des Textes einen Zufallstreffer geben müssen.

Thies fordert: "Das andere ist die Verbesserung der Kampfbedingungen für die Arbeiter_innenklasse. Das

bedeutet Ausbau der Arbeiter_innenrechte, Vetorechte für die Beschäftigten und Ausbau der mickrigen,

reaktiven "Mitbestimmung" von heute zu einem realen Netz von Kontroll- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten."

Auch dazu gibt es ein eigenes Kapitel "Für eine Demokratisierung der Wirtschaft", wo es u.a. heißt:

"Wirtschaft ist in keine Privatangelegenheit, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die

Konzentration der Wirtschaft auf die Interessen einiger Weniger hat auch in Nordrhein-Westfalen zu einer

wachsenden sozialen Spaltung geführt. Um dem entgegenzuwirken, ist es notwendig, die Produktion des

gesellschaftlichen Wohlstands demokratisch zu organisieren" (S.9). In diesem Kapitel finden sich neben

einer Reihe von Vorschlägen zu dem Thema übrigens auch Ideen zu den von Thies

angesprochenen

Genossenschaften.

Thies schreibt weiterhin: "Linke Wirtschaftspolitik" hat in dieser Sicht auch "große strategische

Zielsetzungen": Der komplette Umbau der überzentralisierten, die Umwelt zerstörenden Produktion. Das

geht selten, sehr selten, einvernehmlich mit den bisherigen Eignern und Entscheidern der großen

Unternehmen. Das sind Machtkämpfe, bei denen die politischen Vorgaben der LINKEN eindeutig sein

müssen: Vergesellschaftung der Produktion, aber eben auch unter vergesellschafteten Produktionsmitteln

und nicht Vergesellschaftung wie heute, mit privater Aneignung der Gewinne und gesellschaftlicher

Organisierung der Arbeit."

Dazu wurde bereits weiter oben Stellung bezogen; das Kernthema der Eigentumsfrage ist nicht nur das

Herzstück für die Industriepolitik, sondern findet sich auch in Kapiteln 2.2 und Kapitel 3.

Und damit die

Vergesellschaftung der Produktion nicht ein Appell bleibt, um den sich irgendetwas kümmern möge,

wurden Schritte aufgezeigt, wie dieser Weg gegangen werden kann.

Abschließend: Das Papier erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und könnte sicher sinnvoll ergänzt

werden. Dass linke Inhalte in einem langen Papier teilweise ohne marxistische, teils sogar in

volkswirtschaftlicher Sprache auftauchen, wirft verständlicherweise auch mal Fragen auf. Aber im

entrüsteten Tonfall Inhalte einzuklagen, denen ganze Kapitel gewidmet wurden und die sich quasi alle im

Papier wiederfinden, hilft in der wichtigen Debatte um unsere Vorstellungen von Wirtschaftspolitik wenig

weiter.